

# Einbieder Volksbote

## Organ für die Interessen der werktäglichen Bevölkerung

Der „Einbieder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 100 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 926

Die Anzeigenge- kraftigt für die sechsgeschaltene Petition oder deren Raum 35 Pfg., Anzeigungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, höhere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 48.

Dienstag, den 26. Februar 1918.

25. Jahrg.

## Der Friedenschluss mit Russland.

### Die äußere und innere Lage.

Der Kurier aus Petersburg, der die schriftliche Bestätigung des bedingungslosen Friedensangebots der russischen Volkskommissare überbrachte, war am Donnerstag abend in Berlin eingetroffen. Er empfing die neuen deutschen Bedingungen, reiste damit nach Petersburg zurück und dort sind, wie ein Reuterlexigramm berichtet, diese deutschen Friedensbedingungen im Vollziehungsausschuss des Arbeiters- und Soldatenrates mit 126 gegen 85 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen angenommen worden. Auf Grund einer am Sonntag eingetroffenen Nachricht konnte der Reichskanzler am Montag im Reichstag hier von Mitteilung machen und hinzufügen, daß die deutschen Friedenshändler noch am Sonntag abend nach Brest-Litowsk abgereist seien. Er schloß diese Mitteilung mit den Worten: Die Hauptaufgabe ist erreicht. Der Friedenswill ist von russischer Seite ausdrücklich fundgetan und unsere Bedingungen sind angenommen worden. Der Friedenschluss muß in kürzester Frist erfolgen.

Was dieser Friedenschluss für Russland und für Deutschland bedeutet, das hat der Kopenhagener „Sozialdemokrat“ vom 22. Februar so ausgedrückt:

„Es ist eine in der Geschichte beispiellose Niederlage und ein Zusammenschluß des früher jedenfalls ansehnend so mächtigen russischen Reiches. Das Weltreich, bestehend aus zwei halben Weltteilen mit 22½ Millionen Quadratkilometern Land und 170 Millionen Einwohnern, ist total besiegt von Deutschland mit seinen einhalb Millionen Quadratkilometern Land und 70 Millionen Menschen, trotzdem dieses gleichzeitig, nur gestützt von Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, mit beinahe der ganzen übrigen Welt Krieg führt. Es ist die Organisation, die über die Maßregelung hat. Russland ist definitiv aus dem Kriege ausgeschieden und die Zentralmächte sind mächtig gestärkt herangegangen. Kommt ein würtzlicher Friede mit der Ukraine und Großrussland zustande, erfolgt die Wiederaufnahme des Handels und entstehen infolge des Friedens geordnete Verhältnisse in Russland, dann hat Deutschland mit freiem Rücken und mit Zugang zu neuen reichen Hilfsquellen sich eine ganz neue Siellung im Weltkrieg geschaffen.“

Keine tönende Phrase deutscher Siegesfestredner wird auch nur annähernd so wirkungsvoll den Erfolg Deutschlands preisen können, wie diese schlichte Feststellung eines Blattes, das zu den wenigen Organen ehrlicher und unbedingter Neutralität gehört. Wenn Deutschland sich aber dieses bespiellosen Erfolges würdig erweisen will, dann sollte es sich an diesem Lob aus fremdem Mund genügen lassen und sich vor jedem Missbrauch unserer jetzt so günstigen Lage doppelt und dreifach hüten. Die Rede des Grafen Hertling gibt einige Hoffnung, daß die deutsche Regierung den schlimmsten Fehler des Siegers, den Übermut, vermeiden will. Es ist keine Rede davon, daß wir die Länder, die nahezu wehrlos in die Hände unserer vorwärtsstürmenden Truppen gefallen sind, dem Reiche einverleiben oder irgendwie gewaltsam „angliedern“ wollen. Die Altdutschen werden das mit Vorsicht annehmen, das deutsche Volk wird es mit großer Besorgnis verneinen. Geklärt ist freilich das künftige Verhältnis dieser Länder damit noch nicht. Eine Privatmeldung bürgerlicher Blätter spricht davon, daß die deutsche Regierung zur Bedingung gemacht habe, die gegenwärtige russische Regierung solle sich jeder Einmischung in die künftige Entwicklung der westlichen Randländer enthalten und einwilligen, daß diese dem Schutz des Deutschen Reichs unterstellt werden. Bei den erneuten Verhandlungen in Brest-Litowsk wird sich alsbald zeigen, was daran wahr ist und wie sich die russischen Vertreter dazu stellen. Einstweilen scheinen die Volkskommissare in Petersburg noch die Macht zu besitzen und bei verständigem Einlenken in die Bahn, die ihnen jetzt vorgezeichnet ist, könnten sie für das eigentliche Russland immer noch das Beste von dem, was die Revolution errungen hat, retten. Doch das sind rein russische Angelegenheiten, in die sich Deutschland nicht weiter einzumischen hat, in die es sich auch nicht einmischen wird, wenn seine politische Leitung die Richtlinien einhält, die gestern vom Reichskanzler für die allgemeinen Friedensfragen aufgestellt worden sind. Besonders bemerkenswert ist daran das Eingehen auf die letzte Botschaft Wilsons. Man sollte meinen, daß nach solchen Worten es auf beiden Seiten nicht mehr allzu schwer fallen dürfte, zu Taten überzugehen. Und es läßt sich nicht leugnen, daß auch im feindlichen Lager der Westmächte die Stimme der Vernunft immer stärker anschwoll. Aber das Gesetz, daß sie nicht rasch genug zum Siege gelangt, um das Unheil des erneuten Zusammenpralls der zum Vernichtungswerk bereitgestellten Kriegsmaschinerie abzuwenden, ist noch immer riesengroß. Sie steht auch hinter den Worten des Großen Hertling wie ein finsterner Schatten. Gewiß, er hat alle Verantwortung für das kommende Blutvergießen, für die Fortdauer der Völkerzerfleischung auf die Gegner abgeworfen, aber von drüben wird man sie wieder auf Deutschland zurückwälzen, und so wird das grausame Spiel fortgehen, bis doch wieder die Kanonen alles überdröhnen und ein Ende mit Schrecken dem Streiten ohne Ende das Ziel

In diese so wenig erfreuliche Perspektive mündet die Rede des Kanzlers aus. Und nun kam das erste Auftreten von Payer als Vizekanzler. Er redete breit und behaglich und bewegte sich natürlich auf einer mittleren Linie, wies auf die eingebrachten politischen und sozialen Reformgesetze hin, wandte sich zwar selbstverständlich gegen den letzten Streik, den er entschieden verurteilte — die Antwort darauf wird er heute schon im Reichstage erhalten —, reizte aber gleich darauf durch seine kräftige Zurückweisung der alldutschen und väterländsparteilichen Tribünen zu einem Widerspruch, der sich zu ganz unparlamentarischen Ausbrüchen steigerte. Zeitweise kam von der Rechten ein Gechrei und Gebrüll, das man sonst von dieser Seite wahrscheinlich nicht zu hören gewohnt war. Was den Belagerungszustand angeht, so ist nach Payer seine Aufhebung ziemlich ausgeschlossen, man soll sich wiederum mit „praktischen Lösungen“ begnügen, wie man sie schon bei jetzt erreicht habe. Alle Achtung! Aber das wird nicht genügen.

Erfreulich ist, daß der Vizekanzler erklären konnte, eine Verkürzung der Brotration sei nicht in Aussicht genommen — allerdings fügte er hinzu „zurzeit“ und bis zur neuen Ernte ist es ja noch weit und wir wissen nicht, was wir aus der Ukraine und vielleicht auch aus Rumänien werden einheimsen können. Dann berührte Payer diejenigen, die ein Weiterbestehen des sogenannten Kriegssozialismus im Frieden fürchten; das könnte höchstens nur in der Übergangszeit der Fall sein. Die neuen Steuern kündigte er an, ohne näheres darüber mitzuteilen und er erklärte sich recht kräftig für das gleiche Wahlrecht in Preußen, ohne jedoch über Hoffnungen auf das Gelingen hinauszugehen und insbesondere ohne etwa ein Eingreifen des Reiches in Aussicht zu stellen.

Nach einem Schlußreden der Rechten vertagte man die Debatte auf Dienstag. Zuerst wird Graf Riedern eine Zahlenrede halten, dann sprechen Scheidemann, Trimborn, Wiemer und Westarp.

Montag, den 25. Februar 1918.

133. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.  
Am Bundesratstisch: Graf Solingen, Payer, Graf Roedern, Dr. Friedberg, Wallraf, von Capelle, Frhr. von Stein, Waldow, Drews, von Krause, Rüdin.

Das Haus und die Tribünen sind überfüllt.

Vizepräsident Dr. Payer gedenkt des Ablebens des Großherzogs zu Mecklenburg-Strelitz.

Erste Lesung des Gesetzes

in Verbindung mit der Beratung des Gesetzentwurfes zur Aenderung der Kriegsteuergeleise.

Reichskanzler Graf Hertling: Das hohe Haus hat Anspruch darauf, über die außerpolitische Lage und die Stellung der Reichsleitung zu ihrem unterrichtet zu werden, wenn ich auch Zweifel an dem Nutzen der von den Staatsmännern der kriegsführenden Mächte vor der Öffentlichkeit gehaltenen Zweigespräche habe. (Sehr richtig!) Mit dem früheren englischen Minister Runciman bin ich der Meinung, es würde uns dem Frieden weit näher bringen wenn statt dessen Gespräche in kleinem Kreise zwischen berufenen verantwortlichen Vertretern der kriegsführenden Mächte stattfinden würden. (Sehr gut!) Bei solcher Ausprache würden auch unsere Gegner unsere Worte so nehmen müssen, wie sie gemeint sind, und auch sie müßten mit der Sprache herausreden. (Zustimmung.) Die Worte, die ich bisher zweimal hier gesprochen habe, haben im Ausland eine objektive Würdigung nicht gefunden. Bei einer Besprechung im engeren Kreise würden auch auch die Einzelheiten, die bei der Lösing großer Konflikte zur Sprache kommen müssen, erörtert werden und eine Verständigung über sie könnte dort erzielt werden. Dabei denke ich ganz besonders an Belgien. Zu wiederholten Malen ist von dieser Stelle aus erklärt worden, daß wir nicht daran denken, Belgien zu behalten, daß wir aber gegen die Gefahr geschützt sein müssen, daß dieser Staat, mit dem wir nach dem Kriege in Frieden und Freundschaft leben wollen, nicht zum Aufmarschgebiet feindlicher Machenschaften gemacht würde, so wie das auch in der Papstnotiz vom 1. August ausgeführt worden ist. Die Mittel und Wege zu solcher Lösing würden zweifellos am besten in einer solchen engen Gemeinschaft besprochen werden. Wenn also von der Gegenseite, etwa von der Regierung in Le Havre eine dahingehende Anregung kommen sollte, so würden wir uns nicht von vornherein ablehnen verhalten. Aber bis jetzt sieht es nicht darum aus, als ob diese Anregung Runcimans greifbare Gestalt gewinnen würde und so muß ich einstweilen noch die Methode der Dialoge fortsetzen.

Ich gebe zu, daß man in der Botschaft des Präsidenten Wilson vom 11. ds. Ms. vielleicht eine kleine Annäherung finden kann. Seine Ausführungen gipfeln in vier Sätzen, von denen er annimmt, sie könnten die Grundlagen des allgemeinen Friedens bilden. Der erste dieser Sätze besagt, daß der Friede auf der Gerechtigkeit aufgebaut sein muß und auf einem Ausgleich, der einen dauernden Frieden am wahrhaftigsten herbeiführen kann. Wer wollte dem widersprechen? (Sehr richtig!) Der Satz, den der große Kirchenrat Augustinus vor anderthalb Jahrtausenden ausgesprochen hat „Justitia regnorum“ (Die Gerechtigkeit ist die Grundlage der Staaten) gilt noch heute. Der zweite Satz verlangt, daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsoberhöheit in eine andere herumgejagt werden, als es sich am Gegebenen oder Steine in einem Spiele handelt.

wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Seiten diskreditiert ist. Auch diesem Satz kann man zustimmen und man muß sich wundern, daß Wilson es für nötig hält, ihn besonders einzuschärfen. Er lautet fast wie eine Polemik gegen längst verschwundene Zustände und Anschauungen, gegen Kabinettspolitik und Kabinettskriege früherer Zeiten, gegen Verbindung von Staaten und Privateigentum der Fürsten. Man könnte immer wieder auf die Vermutung kommen, als lebte Wilson in dem Wahnsinn, in Deutschland bestehet ein Gegenpol zwischen autokratischer Regierung und einer rechtmäßigen Volksmasse. Wilson kennt aber, wie die deutsche Ausgabe seines Buches über den Staat zeigt, die staatsrechtliche Struktur des Deutschen Reiches, und er weiß, daß Fürsten und Regierungen bei uns nur die obersten Organe eines im Staate zusammengefaßten Volksorganismus sind. Wenn Herr Wilson sagt, das Spiel mit dem Gleichgewicht der Kräfte sei für immer diskreditiert, so werden wir das nur freudig begrüßen. Dieses System war bekanntlich eine englische Errfung (Sehr richtig!), die nur dann Auwerfung fand, wenn eine Macht auf dem europäischen Kontinent dem englischen Nachbar zu mächtig zu werden drohte. (Sehr richtig!)

Nach dem dritten Satz Wilsons muss jede Lösung einer durch den Krieg ausgeworfenen Gebietsfrage im Interesse und zugunsten der darin wohnenden Bevölkerung erfolgen. Das ist nur eine weitere Füllung des zweiten Satzes und eine Konsequenz aus ihm. Er kann also in die zum zweiten Satz erzielte Zustimmung eingeschlossen werden. Der vierte Satz endlich verlangt, alle für ungünstigen nationalen Ansprüche sollen die weitestgehende Bekämpfung finden, die ihnen nutzlich werden kann, ohne neue oder die Verstärkung alter Elemente von Zurst und Gegnerschaft, die den Frieden bald wieder stören würden, aufzunehmen. Auch dieser Satz stimmt im grundsätzlichen zu. Ich bin also mit Wilson einverstanden, daß die von ihm aufgestellten Sätze die Grundlage einer Vereinbarung über den Weltfrieden bilden können. (Lebh. Zustimmung.)

Nur ein Vorbehalt wäre zu machen. Diese vier Grundsätze müßten von allen Staaten und Nationen auch tatsächlich angenommen sein. (Sehr richtig!) Herr Wilson scheint in seinem Gedankengang der Wirklichkeit weit vorausgegangen zu sein. Gern, ein Völkerbund, der auf Gerechtigkeit und Wahrung des Friedens, auf selbstloser gegenseitiger Anerkennung aufgebaut wäre, ein Zustand der Menschheit, in dem alle Rechte früherer Barbarei, auch der Krieg, vollkommen verschwinden würden, wo es keine blutigen Opfer mehr gäbe, keine Selbstzerstörung der Völker, keine Zerstörung mühsam erarbeiteter Kulturrüste — es wäre ein Ziel, aufs innigste zu wünschen. Aber von diesem Ziel sind wir leider noch sehr weit entfernt, und noch besteht auch nicht das objektive von allen Nationen errichtete Schiedsgericht, das über etwaige Streitigkeiten unparteiisch urteilen könnte. Wenn daher Wilson an einer anderen Stelle sagt, der deutsche Reichskanzler stehe vor dem Gerichte der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute liegen, im Namen des Deutschen Reiches und unserer Verbündeten diesen Gerichtshof als befangen ablehnen. Wenn daher Wilson an einer anderen Stelle sagt, der deutsche Reichskanzler stehe vor dem Gerichte der ganzen Welt, so muß ich, wie die Dinge heute liegen, im Namen des Deutschen Reiches und unserer Verbündeten diesen Gerichtshof als befangen ablehnen. (Lebh. Zustimmung.) Immerhin würde ich mich natürlich freuen, wenn ein solches objektives, von allen Staaten und Nationen anerkanntes Schiedsgericht bestünde, und ich würde mich glücklich fühlen, zu der Herbeiführung eines solchen idealen Zustandes beizutragen zu können.

Über von ähnlichen Gedanken finde ich bei den Vertretern der Entente noch keine Spur. (Sehr richtig!) Die Kriegsziele Englands, wie sie in den letzten Reden Lloyd Georges immer wieder aufgetragen sind, sind immer noch rein imperialistischer Natur. Wenn England vom Selbstbestimmungsrecht der Völker spricht, so denkt es nicht an Irland, Argentinien usw. (Sehr richtig!) Unsere Kriegsziele sind bekanntlich von Anfang an die Verteidigung des Vaterlandes, die Aufrechterhaltung seiner territorialen Integrität, die Erhaltung der Freiheit unserer wirtschaftlichen Entwicklung nach allen Richtungen hin. Auch unsere Kriegsführung ist, wenn sie auch aggressiv vorgehen mögliche, in ihren legitimen Zielen defensiv. Ich betone das mit besonderem Nachdruck, um etwaige Mißverständnisse bezüglich unserer militärischen Operationen im Osten zu beseitigen. Unser Vormarsch in der Ukraine war bestimmt, die Früchte des Friedens mit der Ukraine zu sichern, die die Machinationen der Bolschewisten gefährdeten. Und der Erfolg ist bereits eingetreten. Unser Vormarsch fand eine weitere Unterstützung dadurch, daß von Seiten der Ukraine dringende Hilferufe an uns kamen, sie in der Ordnung und Sicherheit ihres neu entwickelten Staatesfeuers gegen die Störungen der Bolschewisten zu unterstützen. Auch unseren militärischen Operationen auf andern Gebieten liegen Eroberungsabsichten schlechtdings fern. (Bravo!) Diese Operationen sind nur vorgenommen worden auf Grund der eindringlichen Bitten und Vorstellungen der Bevölkerung, sie gegen die Greuel der Anarchie und gegen die herumstreifenden Banden zu beschützen. Also lediglich im Sinne der Menschlichkeit sind diese Maßnahmen getroffen. Wir denken nicht daran, uns in Island oder Estland festzulegen. (Bravo!) Wir wünschen nur mit den dort für entwiedenden unabhängigen Staatsgründen demnächst in Frieden und Freundschaft zu leben. Es gilt jetzt, den Bolschewisten dort die Organe der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung zu schaffen oder die im Aufbau begriffenen zu stützen. Der weiteren Entwicklung sehen wir in Ruhe entgegen.

Aber weit über dieses ursprünglich gesteckte Ziel haben die militärischen Operationen bereits Erfolg gehabt. Sie haben bereits Kenntnis davon, daß die russische Delegation die abgedrohten Friedensverhandlungen wieder aufnehmen will. Unsere Antwort war, daß wir dazu bereit seien. Wie haben die Friedensbedingungen in Form eines Ultimatums dorthin geschickt, die russischen Delegierten sind auch bereits bereit, unsere Friedensbedingungen sind im Prinzip von der russischen Regierung angenommen. (Bravo!) Unsere Delegierten sind gestern abend nach Brest-Litowsk abgereist. (Lebh. Zustimmung.) Um uns die frischen

Die Friedensverhandlungen mit Rumänien haben am 23. Fe-

bruar begonnen. Die Verhandlungen sind schwierig, weil wir hier nicht allein stehen, sondern für unsere treuen Verbündeten einzutreten haben. Aber bei allseitigem guten Willen werden auch die hier auszugleichenden Gegensätze und Schwierigkeiten ein befriedigendes Ergebnis finden. — Für Polen scheint sich die Entente und auch Herz. Willen neuerdings ganz besonders zu interessieren. Die Herren wissen ja, daß durch die vereinigten Kräfte Deutschlands und Österreich-Ungarns Polen aus der drückenden Abhängigkeit des zaristischen Russlands befreit wurde, um aus dem vom Zarismus besetzten polnischen Landesteilen einen selbständigen Staat zu begründen, der in ungehemmter Entwicklung seiner nationalen Kultur zugleich ein Preiser des europäischen Friedens sein sollte. Die Frage der Verfassung des neuen Staates konnte selbstverständlich nicht sofort gelöst werden. Auch jetzt ist sie noch nicht über das Stadium eingehender Unterhandlungen zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen hinausgekommen. Zu den vorhandenen Schwierigkeiten ist noch die Frage der Abgrenzung des neuen Staates gegen die benachbarten früher russischen Gebietsteile hinzugekommen, und der Frieden mit der Ukraine hat in Polen jetzt große Beunruhigung hervorgerufen. Ich darf mich aber der Hoffnung hingeben, daß wir hier bei allseitig befindetem guten Willen sich ein Ausgleich erreichen lassen wird, und schon das ernstliche Aussprechen dieser Absicht hat in Polen eine gewisse Beruhigung herbeigeführt.

Wir stehen also vor der Ausnot des Friedens auf der ganzen  
Ostfront, von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. (Beifall.) Die  
Völker Europas tragen in siebenfachster Spannung, ob wir dadurch  
vielleicht auch zum allgemeinen Weltfrieden gelangen werden.  
Über was aus den Entente-Ländern herüberkommt, läßt diese Hoff-  
nung als ziemlich gering erscheinen. (Zustimmung.) Im Gegen-  
satz zu unseren rein defensiven Kriegszielen sind die der Entente  
noch wie vor auf Eroberungen gerichtet. (Sehr richtig.) Die  
Entente kämpft um die Rückgabe Elsass-Lothringens an Frank-  
reich. Jö! betrüge hierüber dem jüher Besagten nichts hinzuge-  
zutragen, es gibt keine elsass-lothringische Frage. (Beifall.) —  
Wenn es eine elsass-lothringische Frage gibt, so ist es lediglich  
eine deutsche Frage. (Lebhafte Beifall.) Die Entente kommt  
um den Erwerb von Landesteilen Österreich-Ungarns zugunsten  
Italiens. Sie kämpft um die Abtrennung türkischer Gebiete, um  
die Loslösung Serbiens und Griechenlands vom türkischen Reich. Eng-  
land hat möglich sein Herz für die Kroaten entdeckt und erfreut  
vielleicht einen neuen Schutznat unter englischer Oberhoheit. Der  
des englische Machtgebiet ganz wesentlich erweitern würde. (Sehr  
richtig!) Und das die Kolonialziele Englands auf eine Erweite-  
rung, genannt Vergrößerung eines schon ungeheuren Besitzes an So-  
lomon ausgedehnt, haben die englischen Staatsmänner ja selbst  
wiederholt ausgesprochen. Und angehnäht dieier Eroberungs-  
politik mögen die Staatsmänner der Entente noch immer von  
dem „imperialistischen, militaristischen, autoritärlichen“ Deut-  
schland zu sprechen, das der Störenfried in Europa sei. Neuerdings  
kommen in das System der Freize, der Lüge und Verleumdungen  
noch das Schreddergemüti, wir könnten die Neutralität der neutralen  
Staaten verleugnen. Gegenüber einem nevertheless in der Schweiz  
bisher begonnenen Intrigenpiel dieser Art erfüllte ich, daß wir  
nich keinen Augenblick daran gedacht hätten und wie daran denken,  
die Schweizerische Neutralität anzuschaufen. Wir sind der Schweiz  
und den übrigen neutralen Ländern Hochachtung und Dank ausdrück-  
lich für die nachhaltige Freiheit, mit der bei allen Anstrengungen  
zu Befriedungen zum Trost an ihrer Neutralität beigegeben  
seien. (Beifl. Beifall.)

Die Welt lebt sich nach Frieden. Aber es kommt nicht, doch dieses neue Sezieren bei der Endzeit gehört sicher. Früher bis zum Krieg mit dem Kaiserreich ist die Parole der Römerzeit in Rom und diese Parole hat auch in den letzten Tagen Georges ein langes Ende gehabt. (Gehört nicht!) Ich habe zwar auch eine andere Etymologie von England gehört, zu Namenszwecken gewollt von Lord Wiser, bestimmt nicht verdeckt, sondern offen. Nur waren mir unklar, ob diese Etymologie nun richtig, das die end in den Römischen Namen enthaltenden römischen Erinnerungen. Ich unterschreibe aber dazu, ich es höhere Zeit, denn die Welt steht vor den geistigen und künstlerischen Erfahrungen. Einander im Friede einzufügen ist der Etat der Menschlichkeit und Menschen gefordert, geben und Akten zu föhlen — nur wahren Schlagzeugen ist zur Verständigung bereit, rufen Sie — oder sie müssen in dem geistigen Rahmen des Friedensgeistes auch ihre zu rufen. Dann werden reiche kulturelle Gruppen unter den gleichen Ziffern zusammenkommen, und unter bestimmten Voraussetzungen soll wird weiter ausdrücken. Aber das ist der Geist, der Geist der Menschlichkeit, all das Sein und die Welt ist Frieden — die werden über die Sätze hier formulieren, die der Etat der Menschlichkeit bis zum Tagen eingetragen werden haben. (1936. Berlin.)

Siegertaler v. Segev: Wer wir in dieser Jahre 30 Jahre  
zu verantworten hat, kann Ihnen nicht wie ein Gräber geschenken.  
(Lachen.) Ja! Ich schaute es als eine wichtige Aufgabe  
an, diesen Vertrauensdienst und vertraulichen Zeugnissen  
der Hoffnungslinie und Sicherung der Wege zu übernehmen.  
Denn in diesem Jahre des Friedens kann es für die  
Hoffnung unserer Freiheit nur noch einen Gegenstand geben: die  
Vernichtung aller Formen, die dem Einigkeit und Ein-  
heitlichkeit untreue Regierungen gegen diese Freiheit wagen zu  
entfernen. Alles andere zerfällt den sozialistischen Freiheitsidealen  
und wird bestrebt werden. Das einzige Maßnahmen zur  
Umsetzung der bei Siegen des Friedens getroffenen und be-  
festigten Werte vom 1. August soll gesetzlichen Schutzes  
des ganzen Deutschen Volks den Formen in dieser Freiheit eingesetzt  
werden, damit auf einem der Drei das Rechte Sich. Ich schaue  
die Beziehungen mehr, in der Vergangenheit ist mir eine abgesetzte ge-  
genübergestanden. Damals stand der Feind, der schädliche Einfluss  
auf ganze Formen entrichten wollte. Ihnen Grußes im Namen  
der Sozialdemokratie, aber auch vertraulicherweise der anderen  
Parteien der Sozialen Freiheit in dieser Entwicklung Gedanke sei.  
Der Sozialistische Partei kommt später in die

habe nicht die Absicht, mich in die Angelegenheit des Bundesstaates Preußen hineinzumischen. (Gitterfeier links. Unruhe rechts.) Formlich aber niemand der Einsicht verschließen, daß die Freiheit für das Preußische Abgeordnetenhaus ein dem Reichstagswahlrecht gleiches oder ein ihm entgegengesetztes Wahlrecht gelten mögen wegen der starken Einwirkung Preußens auf die Gesetzgebung und Verwaltung des Reiches ließ in die Verhältnisse eingreifen. (Lebh. Sehr richtig! und lebh. Beifall links.)

Deshalb können politische Erwägungen über diese Frage in diesem Hause nicht unterlassen werden — hat ja auch die Freiheit des preußischen Wahlrechts bei der Streitbewegung der letzten Wochen, die keineswegs auf Preußen beschränkt war, eine wesentliche Rolle gespielt! Die Reichsleitung wird sich schon auf hundestaatslichen Rückfragen in dieser Frage zurückhalten, welche es auch begrüßen würde, wenn die preußische Regierung ihre Absicht verwirrschen und den harten Streit so beenden könnte, wie sie gewillt ist. Die Reichsleitung steht dabei durchaus auf dem Boden der jüngsten Erklärungen des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers des Innern, die sich für unveränderliche Gestaltung und Durchführung der in der Kaiserlichen Volkschaft vom 11. Juni 1917 aus gefündigten Reform eingesetzt haben. Allerdings scheint die Saar durch den vor wenigen Tagen gefassten Beschluss der Mehrheit des Preußischen Abgeordnetenhauses auf ein totes Gleis gekommen zu sein. Alle staatsrechtlichen Möglichkeiten werden mit einer Kifer distanziert, als wenn der Entwurf endgültig gescheitert wäre. Ich kann nicht annehmen, daß dem so ist; schon moncher parlamentarische Entwurf ist mindestens ebenso gefährdet gewesen wie dieser und doch gestanden bekommen. Ich glaube nicht, daß die maßgebenden Parteien sich der Einsicht dessen verschließen werden, was sie in dieser trüffelten Stunde der Allgemeinheit schuldig sind. (Bravo!) Sie werden auch den Verdacht von Seiten, als ob es auf eine doch jetzt schlechthin unmögliche Verkleppung der Frage abgesehen sei. (Sehr gut!) Nach meiner ersten Überzeugung besteht die Gewißheit, daß das im Entwurf vorgesehene Wahlrecht für Preußen kommt, und es besteht die beständige Hoffnung, daß es bald kommt. (Beif. Bravo! links.) Das Vertrauen der Bevölkerung und der Volksvertretung zu den verbündeten Regierungen als Träger einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Politik ist gewachsen, daraus entsprang der Bunsch nach möglichst einmütigem Zusammenschluß beider Faktionen. Das ist erreicht worden ohne Rechtsrechtsliche Neulandstruktur im Wege der Verständigung durch Innahme einzelner verdeckten ihrer Kollegen gehabender Parlamentarier in die Regierung und in die preußische Regierung. Wie diese Vertrag, an dem offiziell und passim beteiligt zu sein ich die Ehre wäre, ausfallen wird, läßt sich selbstverständlich noch nicht übersehen. (Abg. Krebs! R.: Sehr richtig! Heiterkeit rechts.) Solche Einwidrigkeit Früchte tragen, so liegt sie allerdings gut in allen Seiten vorans. Aber der fehlt wohl auch nur in einzelnen. (Sehr gut! links.) Soweit ich die Dinge übersehen kann, ist die Hoffnung berechtigt, daß diese Kriegssicherung den Krieg überdauert. (Bravo! links.)

Leider wird mit der längeren Dauer des Krieges das Bild der Geschlossenheit, Offenwilligkeit und des gegenseitigen Vertrauens durch Schreinungen an den extremen Seiten eines geht nicht, wenn auch nicht in dem Maße, daß daraus Bedenken über die Zukunft entstehen. Die am meisten ins Auge fallende Entwicklung ist der von der höchsten Linien nur einzigen Wochen zu Lehen gewogene, wenn auch bald wieder zur Ruhe gebrachte Teil II. Von Standpunkte der Allgemeinheit aus muß er als richtig belegt und verteidigt werden. (Sehr richtig!) Kurz gesagt, daß man jetzt darüber streitet, wer ihn veranlaßt hat, daß die eigenen Gefangenischen aber aus feindlichem Auslande, hat vielleicht momentan nur leichte Wirkung auf die Kriegsstraße eiseltzt, nicht in dem Maße gefordert, als zunächst befürchtet wurde. Gleichwohl hat er aber schon bewirkt, daß er die Erwartungen unserer Freunde auf anderen diplomatischen und militärischen Faltenwenden aus höchster Geduld und dadurch unsere Freunde auf Frieden bestimmt hat. (Sehr richtig!) Wie kann man bitten, daß es nicht den Krieg gar so direkt verlängert? (Sehr richtig!) Er hat viele Arbeitern und Angestellten so leider nicht bloß die Rädelsführer in militärische Schwierigkeiten gebracht, er hat auch Opfer an Werkzeugen und Maschinen erfordert und dann bei Schaden nicht größer geworden ist, um das Bild des Verdienstes herzurichten, die den Streit begonnen haben. Es hätte denn auch die Gewerkschaften und die sozialdemokratische Partei ihre Beteiligung an dem Streit zunächst abweichen. Es war ein Fehler, daß sie sich dann ihnen auch nur teilweise angehören haben, eingeholt, um die Bewegung in Sowjet Russland und Schlesien zu verstärken. Letztere ist, doch wurden die Bewegungen, die sie selbst als wiederaufrig und siedelbegierig gehalten, gefürchtet haben. Die vom ihnen hochfürchteten Krieg zu erwarten, waren ja vielleicht zu hoffen. Umstände

rechts.) So haben die Feinde die Wahl, ob sie die Freude gegen uns aus dem Höher der äußersten Rechten oder äußersten Quälereien entziehen wollen. (Unruhe rechts.) Es wäre für unsere Brüder an der Front und zu Hause viel besser, wenn man nicht immer wieder die Herzen mit der bengen Sorge erfüllen würde, daß die Interessen des Bayerlandes in höchster Gefahr seien, wenn nicht noch dem Willen einer Minderheit regiert wird. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit, Unruhe rechts.) Es ist ein schwerer Schaden, wenn in Berlin öffentlich unter dem brausenden Beifall einer tausendföpfigen Menge in der letzten Woche Schlagworte wie das von der „niederträchtigen Friedensresolution des Reichstages“ geprägt und vor der Phantasie der erregten Zuhörer das Bild des erschossenen Reichskanzlers herausbeschworen wird, auf den geschossen wird, der aber auch schießt. (Hört, hört! Lebh. Zustimmung links, erregte Unruhe rechts. Jurgis rechts: Das ist der große Staatsmann!) Disziplin zu halten, nach von jedem Staatsbürger verlangt werden. Wer das nicht vermag, verwirkt das Recht, über andere zu richten. (Lebh. Zust. bei der Mehrheit.)

In den Fragen der Zensur, der Schriftsost und des Belegungszustandes muß versucht werden, eine rechtliche Lösung zu finden, die so schnell als möglich hilft, und so gründlich, wie das auf dem Boden der heutigen Gesetzgebung möglich ist, den wir ja im Kriege nicht verlassen wollen. Die neuen Steuervorschlägen unterliegen noch der Entscheidung des Bundesrates. Erwartet werden sie Ihnen nicht. (Heiterkeit.) So hart sie drücken mögen, so ist es doch richtiger, den Staat mit Ihrer Hilfe im Gleichgewicht zu erhalten, als immer neue Schulden zu machen. Dass die Zustände auf dem Gebiete der Ernährung noch viessam unzufriedig sind, muß zugegaben werden. Erzenger wie Verbraucher tun nicht immer das thüige, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Trotzdem freue ich mich, erklären zu können, dass eine Verkürzung unserer Strafaktion zurzeit nicht in Frage kommt. (Beifall.) Trotzdem muß sich natürlich noch wie vor jeder auf das notwendigste einschränken. Die aus der Ukraine erhofften Mengen können wir nicht schon als bereits geliefert einstellen. (Sehr richtig!) Vielleicht befürchtet man, dass die kriegswirtschaftlichen Organisationen für Lebensmittel und Rohstoffe als Syndikate und monopolistische Einrichtungen für immer vom Reich auf Kosten der Freiheit und Selbstständigkeit der einzelnen aufrecht erhalten werden können. Die Reichsleitung denkt nicht daran, Organisationen, die nur für den Krieg geschaffen sind, zu verewigen. (Bravo!) Sie wird die Bewegungsfreiheit und Initiative des Einzelnen nicht zugunsten eines durch die Not der Zeit erzwungenen Staatsozialismus aufgeben. (Lebh. Beifall.) Im Kriege haben diese Organisationen viel Gutes geschafft. Das wird eine spätere Zeit objektiv erkennen. Natürlich können sie auch nicht bei Abschluß des Friedensvertrages mit einem Schlag beseitigt werden, sondern werden fürzter oder länger bis zu einer anderweitigen Regelung der Verhältnisse fortbestehen müssen.

Ich komme zurück auf den Ruf nach Einigkeit und Zusammenhalten. (Lebhafte Zurufe rechts: Sie haben die Einigkeit nicht gefördert! — Öffentlicher Beifall links.) Alle Entbehrungen können uns nicht zum Frieden zwingen; nur eins könnte unserer Feinden noch helfen, die deutsche Uneinigkeit. (Erneute Zurufe rechts, lebhafte Zustimmung links.) Wir sind es unserem ruhmreichen Heere und seinen hervorragenden Führern schuldig, ohne Unsehen der Welt an allen Seiten das zurückzustellen, was uns trennt. (Zurufe rechts: Das tun Sie nicht. Sturm, Beifall und Schandfleischchen im Hause bei der Mehrheit und auf den Tribünen, Zwischenrufe und Sisichen rechts. Darauf erneuter stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Wutrufe rechts.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Diese Phrasen entsprechen nicht der Würde des Hauses! (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheit.)

Das Haus vertragt sich.  
Vizepräsident Baasch e schlägt vor, die Sitzung Dienstag um 11 Uhr beginnen zu lassen.  
Wg. Führ. v. Camp und Prinz Schönrich-Carolath beantragen, den Beginn auf 1 Uhr einzulegen.  
Wg. Weßlar: Ich beantrage, die Sitzung um 2 Uhr anzusegnen. (Heiterkeit links.) Wir müssen den Wortlaut der herausfordernden Rede, die wir eben gehört haben, erst abwarten. (Zustimmung rechts, große Unruhe bei der Mehrheit.)  
Das Haus beschließt, die Sitzung um 1 Uhr beginnen zu lassen mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung.

# **Bei den Friedensverhandlungen mit Kublai Khan**

Wie an anderer Stelle des Blattes bereits berichtet, hat die russische Regierung die in Form eines Ultimatums gekleideten deutlichen Friedensbedingungen angenommen. So sehr wir natürlich einen Friedensschluß mit Russland begrüßen, so müssen wir doch sagen, daß nach allem, was sich in den letzten Wochen abgespielt hat, dieser Friedensschluß mit Russland nicht befriedigt. Er hat jetzt allzuviel den unangenehmen Beigeschmack eines Maßfriedens. Möglich, daß dieser Beigeschmack noch durch den Friedensvertrag und durch die neuen Verhandlungen in Breit etwas gemildert wird — völlig beseitigen läßt er sich nicht.

Über das, was dem vom Reichskanzler gestern mitgeteilten russischen Funksprach vorausging, meldet die B. L. K. aus Petersburg:

In der Nacht vom 24. Februar fand eine Vollzügung des Ausführenden Haushaltshusses statt. Nach heftiger Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Zusätze von Staatssekretär von Kühnmann ergänzt worden waren, angenommen. 126 Stimmen wurden für und 35 dagegen abgegeben. 26 Mitglieder enthielten sich der Abstimmung. Zwei Abgeordnete

Folgendes Telegramm wurde am 24. Februar, 7 Uhr  
vormittags, durch Funkspuren die deutsche Regierung in Berlin,  
die österreich-ungarische in Wien, die bulgarische in Sofia und  
die türkische in Konstantinopel überbracht:

Gemäß dem vom Ausführenden Hauptamtshof und dem Rat der Vertreter der Arbeiter, Bauern und Soldaten am 24. Februar, 4 Uhr 30 Minuten früh eingetragenen Entschließung, beschloß der Rat der Volksauftragten, die von der deutschen Regierung gekellten Friedensbedingungen anzunehmen und eine Abordnung zur Unterzeichnung des Friedens nach Brest-Litowsk zu senden.

**Der Vorsitzende des Rates der Volksbeauftragten:**  
**Wladimir Lenin.**

Weiter meldet der „Temps“ aus Petersburg: Das  
Republikanische Komitee des Zentralkoordinatoren-Komitees der Sowjets beschloß, alle  
Maßnahmen der Bolschewiki-Regierung im  
Bereich auf den Friedensschluß zu unterdrücken.  
Die militärischstolzen Engländer wurden aufgefordert, um zum

Verlassen Russlands binnen 6 Stunden bereit zu haben. Den übrigen Engländern wurde der Rat ertheilt, Russland so schnell wie möglich zu verlassen. In Simbabwe stand eine Militärkonferenz statt.

Eine ganz eigenartige Meldung über die Zukunft Litauens kommt aus Dresden. Sie besagt:

Die „Sächsische Staatszeitung“ meldet: Die in der „Deutschen Zeitung“ vom 23. Februar gebrachte Nachricht, daß die Sächsische Staatsregierung im Bundesrat einen Antrag auf eine engere Verbindung Litauens mit dem Königreich Sachsen gestellt habe, ist unzutreffend. Die Grundzüge über die Zukunft Litauens an zuständiger Stelle sind noch in der Schwebe. Sollte im weiteren Verlauf dieser Erwähnungen eine engere Verbindung Litauens mit dem Königreich Sachsen im Interesse der Reichspolitik und des litauischen Staates liegen und sollte deshalb ein entsprechender Vorstoss an die Königliche Staatsregierung gelangen, so würde die Regierung zu prüfen haben, ob die aus einer solchen Verbindung für das Königreich Sachsen entstehenden Opfer zum Wohle des Reiches zu bringen sind.

Nach der oben angeführten Meldung der „Deutschen Zeitung“ sollte dem Prinzen Friedrich Christian von Sachsen die litauische Königsrone angeboten werden. Aus der Notiz der „Sächsischen Staatszeitung“ geht nicht nur hervor, daß Verhandlungen mit dem Ziele schwanken, dem Prinzen die litauische Königsrone zu übertragen, sondern, daß sie auch dahin gehen, Litauen als selbständigen, von Polen vollkommen unabhängigen Staat anzurichten. Bekanntlich haben die Polen bisher noch die Hoffnung gehabt, dieses mit ihnen früher verhinderte Band wieder unter ihre Oberhoheit zu bekommen.

Mit müssen uns einer Kritik dieser Meldung enthalten erwarten jedoch, daß im Reichstage noch manches kräftige Wort zu diesem dem Selbstbestimmungsrecht Litauens direkt hohnsprechenden Plan gesagt wird.

## Die Kriegslage.

Die Heeresberichte.

WB. Berlin, 25. Febr., abends. (Kurzlich.)

Stadt und Festung Riga wurde heute, 10.30 Uhr vor mittags, nach Kampf besiegt. Pleskau (Plessau), südlich vom Peipus-See, ist in unserer Hand.

Wien, 25. Februar. (Kurzlich.) In der Stadt war die Artilleriefeuerkraft lebhaft.

Bei der Heeresgruppe Linsingen nahmen deutsche Verbände in Thessaloniki die Verbindung mit den rumänischen Truppen auf.

## Frankreich und Belgien.

Was geht vor?

Caillaux ist im Gefängnis unter Verhören schwer erkrankt. Die Verfeindung verlangt eine strenge Unterstrichung. Will man Caillaux vielleicht auf diese Weise — wie vor ihm schon andere — aus der Welt schaffen?

## Russland.

Der Konsul will Frieden schließen.

Die Agence Telegraphique Russi meldet: Wie wir aus autoritativer Quelle erfahren, hat die Republik Kasan aus die türkische Regierung um Entsendung von Delegierten nach Triest zu Friedensverhandlungen ersucht.

## England.

Eine sonderbare Meldung.

Englische Blätter kündigen an, daß Henderson, Thomas und Vandervelde nach der Londoner Konferenz den Genossen der Mittelmächte die Londoner Beschlüsse mit dem Bemerk vertheilen werden: Wir sind vollkommen bereit, Frieden anzubauen, und Ihr?

Wenn diese Meldung zutrifft, dann müßte man sich über die Begrüßbarkeit der drei Genannten wirklich wundern. Ist ihnen gar nicht mehr bekannt, daß es gerade die deutschen Sozialdemokraten gewesen sind, die jederzeit bereit haben, sie seien bereit, in Verbindung mit den ausländischen Genossen die Frage der Herbeiführung eines baldigen Friedens zu erörtern? Haben sie auch schon vergessen, daß die deutschen Sozialdemokraten mit allen erdenklichen Mitteln am Zustandekommen der internationalen Konferenz in Stockholm gearbeitet haben? Dass der Erfolg nicht auf ihrer Seite lag, dürfte — wie gerade Vandervelde wissen müßte — nicht auf ihr Schuldende zu buchen sein.

## Die Londoner Sozialkonferenz.

„Daily Chronicle“ legt einem Bericht aus London zufolge: Die sozialistische Konferenz hat große Fortschritte in der Richtung einer allgemeinen Einigung über die Kriegsziele gemacht. Die Berichte der beiden Kommissionen über die Bildung eines Volkerbundes und über die territoriale Regelung nach dem Kriege hat die gesetzte Konferenz angenommen. Es ist sehr wohl möglich, daß das Resultat der Konferenz eine einflussreiche Erklärung über die Kriegsziele der Arbeiter- und Sozialistenpartei der alliierten Länder sein wird. Pierre Renaudel erklärte einem Mitarbeiter des „Daily Chronicle“, daß es sich dann zeigen müsse, inwiefern die deutschen und österreichischen Sozialisten und Gewerkschaftsmänner noch bereit seien, gegen ihre Kameraden in den alliierten Ländern zu kämpfen und in welchem Punkte die Vorstellungen der alliierten Sozialisten mit denen der deutschen Sozialisten nicht übereinstimmen.

In dem Berichte über den Volkerbund wird die vollständige Demokratisierung aller Länder und eine Preisgabe jedes Imperialismus gefordert. Verlangt wird die Einsetzung einer internationalen Gewalt und eines internationalen hohen Gerichtshofes zur Regelung aller Streitigkeiten mit der Befugnis, die Beschlüsse dieser internationalen Gewalt durchzuführen.

Betrifft der territoriale Regelung nahm die Kommission einzelne Forderungen der französischen Abgeordneten an. Diese meinten darum hin, daß der Bericht von Frankfurt am Main dazu die Kriegserklärung im Jahre 1914 gebrochen worden sei.

# Der amtliche Kriegsbericht.

## Deutscher Kriegsbericht.

### Heeresgruppe Eichhorn.

Hier Tage nach Überschreitung des Weserlandes haben gestern die aus Riga angefechteten Truppen, Radfahrer, Kavallerie und Maschinengewehr-Scharfschützen an der Spitze, unter der Führung des Generalleutnants Freiherr von Berndorff nach Kampf die Festung genommen.

Es hatten viele Städter bei unserem Eingang geslagen. Zahlreiche durch Russen verhaftete Landesbewohner wurden befreit.

Südlich von Pleskau (Plessau) lagen unsere Regimenter auf starken Widerstand. In heftigen Kampf schlugen wir den Feind. Die Stadt wurde genommen.

### Heeresgruppe Linsingen.

Teilnahme Kräfte machen sich weiter in der Ukraine längs des Brieske vordringenden Abschnitten bei Alento-witschi entgegen. Zu schneidigem Angriff wurde der Feind geworfen. Stadt und Bahnhof zerstört. In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Fuß längs der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit. Die ukrainische Regierung hat in dem vom Feind gesäuberten Gebiet die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

Unsere Truppen wurden an der Ostfront neuerdings eingesetzt: 3 Divisionsstäbe, 188 Offiziere und 3676 Mann. Gejagten-Anzahl und Beweis aus Riga und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Bei den anderen Kriegsberichten nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Und daß es deshalb dem Volkerbund überlassen bleiben muß, die ganze ethisch-Intuitivische Frage von neuem zu ermöglichen. Über die Zukunft der deutschen tropischen Kolonien soll der Volkerbund entscheiden, der dabei dem Wunsche der Völker der benachbarten englischen Kolonien Rechnung tragen würde. Im allgemeinen verlangt die Konferenz, daß die Rechte aller Nationalitäten in acht genommen werden sollten und daß, abwohl Italien ein Anrecht auf Triest habe, dafür gesorgt werden müsse, daß Österreich einen Zugang zu dem Adriatischen Meer erhalten.

## Der Balkanfriede.

Die Verhandlungen in Bukarest.

Die Verhandlungen mit dem General Averescu haben Sonntag begonnen. Nach österreichischen Privatmelbungen sollen sie bisher einen günstigen Verlauf nehmen. Das Hauptgewicht legen die Rumänen auf die osmanische Krise, die sie im Berliner Frieden verloren; es sind das rund 10.000 Quadratkilometer, welche die Gebiete Ismael, Bolgrad und Kubel umschließen. General Averescu hat kein Kabinett gebildet, er konnte aber bisher keinen der in Bukarest zurückgebliebenen rumänischen Parlamentarier zum Eintritt in dieses Kabinett veranlassen.

## Die Wohnungsfrage.

In der am 21. Februar stattgefundenen Sitzung der Wohnungscommission wurde in die Einzelberatung der Anträge Göhrre und Genossen eingetreten, welche u. a. eine Bereitstellung von 500 Millionen Mark aus Errüttungen der nächsten Kriegsanleihe zur Behebung des Kleinwohnungsmangels fordern.

Regierungsrat Scheidt betont den Willen des Reichswirtschaftsministers, alles zur Behebung des Kleinwohnungsmangels, der nach Kriegsende unbestritten eintreten wird, zu tun und zu unterstützen, was zu dem gewollten Zweck beitragen kann. Die Bereitstellung von den benötigten Mitteln wird anerkannt, nur sollte die Kommission die Forderung, daß diese aus den Kriegsanleihe-Errüttungen kommen sollen, wegen des dagegen auftretenden Widerstandes fallen lassen.

Auf eine Anfrage nach dem Stande des in Ansicht gestellten Gesetzes über das Schuhrecht wird mitgeteilt, daß nach erneuter demächtiger Durchberatung der Entwurf vereinfacht wird, damit Interessen und Wohlhaben Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen und diesbezügliche Wünsche der Regierung zu unterstützen. Die von einem Mitgliede beantragte Einarbeitung der Forderung nach Errichtung von Kriegerheimstätten in den sozialdemokratischen Entwurf wird abgelehnt, weil die Herstellung von Kleinwohnungen selbstverständlich auch den danach verlangenden Kriegsteilnehmern zugute kommt. Das im Antrag gestellte Verlangen, die benötigten Mittel aus Kriegsanleihe-Errüttungen zu nehmen, wird fallen gelassen, eine Subkommission mit der weiteren Durcharbeitung der Anträge beauftragt, deren Beratung sich weiter auf die Hergabe der bei den Militärmutterungen lagernden Baumaterialien für Kleinwohnungsbauten und die Entnahmen von Angestellten und Arbeitern, die bei der Herstellung von Baukosten und Bauten benötigt werden, erstreckt.

Die Schwierigkeiten für die Ziegel- und Zementfabrikation, die durch den Rohstoffmangel bedingt sind, werden erst nach Kriegsbeendigung behoben sein; die bei den Heeresverwaltungen lagernden für den Wohnungsbau benötigten resp. brauchbaren Baumaterialien sind nicht bedeutend.

Die Unterstützung gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und Baugenossenschaften wird regierungsetätig ausgelegt und soll geschah durch Vergabe billiger Hypotheken, durch Bildung von Sicherheits- und Bausparfonds, durch Bauzuschüsse, durch Beteiligung mit Gesellschaftskapital usw.

## Aus Lübeck und den Nachgebiets.

Donnerstag, 26. Februar.

### Der Möbelwucher.

Die ungeheure Verzweigung der Möbel hat dazu geführt, daß die seit einiger Zeit ins Leben gerufene Bewegung zur Bekämpfung von billigen Hausrat für Kriegsteilnehmer und für die wirtschaftsmittellosen Bevölkerung einen immer größeren Umfang annimmt. In zahlreichen Städten hat man bereits höhere oder kleinere Summen für diesen Zweck ausgenommen. Es handelt sich hier um eine Frage von großer wirtschaftlicher Bedeutung und man kann nur wünschen, daß die Bewegung bald praktische Resultate zeige und nicht etwa in eine Wahlkampfspielerei ausartete.

Die Bewegung ging von dem Gedanken aus, in ähnlicher Weise wie die getragenen Kleider, auch die gebrauchten Möbel der öffentlichen Gewirtschaftung zu unterstellen. Man

hat aber bald erkannt, daß eine öffentliche, gemeinnützige Möbelversorgung, die sich auf die Bewirtschaftung von alten Möbeln beschränkt, nur ganz unzureichende Ergebnisse zeitigen kann. Der Hauptantrieb muß auf die Beschaffung neuer Möbel gelegt werden. Daneben bleibt aber die Bewirtschaftung der Altmöbel ein Gebiet, das nicht außer acht gelassen werden darf, und das als ergänzendes Glied in einem großzügigen Plan zur Möbelversorgung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die hohen Preise der neuen Möbel werden zu einem erheblichen Blas durch die ungeheure gestiegenen Preise der Rohmaterialien, besonders des Holzes verursacht. Daß aber im Möbelgeschäft noch große Gewinne erzielt werden, kann man daraus erkennen, daß z. B. die Stadt Köln, die für die Möbelbeschaffung zwei Millionen Mark ausgeworfen hat, durch große Abschlässe eine sehr bedeutende Preiserhöhung erzielen könnte. Lebhafte Fahrten hat man auch andernorts gemacht. Die Gewinne im regulären Möbelhandel verschwinden aber, wenn man die Beutehandels betrachtet, die sich im Altmöbelhandel breit macht. Von einem Sachverständigen wird uns mitgeteilt, daß im Durchschnitt für gebrauchte Möbel das Zweite bis Dreifache des Preises gefordert wurde, der für sie gezahlt worden war, als sie neu waren. Zu solchen Preisforderungen reizen die Angebote, die jetzt allgemein von den Möbelgroßdeckern gemacht werden. So inseriert einer dieser tüchtigen Geschäftsführer in einem Dresdener Blatte, daß er 350 Prozent mehr als sonst für alte Möbelstücke bezahle.

Die Möbelhändler wollen natürlich Geschäfte machen. Sie hamstern in ihre Lager zusammen, was sich aufstreben läßt und steigern dadurch den Möbelmangel. Diese alten Alabottinen werden notdürftig zusammengefaßt, außerlich ein wenig aufgeföhrt und dann werden Preise gefordert, daß dem Kaufmann die Augen übergehen. Der private Altmöbelhandel wird zu einer öffentlichen Katastrophe. Jetzt, wo im Handel so viel reguliert wird, wäre es sicher kein Fehler, wenn die Behörden dem Möbelhandel etwas härter auf die Finger sehen würden.

Auf eine anscheinend sehr ergiebige Quelle des Altmöbelwuchers hat kürzlich die „Holzarbeiter-Zeitung“ hingewiesen. Von einem Bergbauernnamen wurde ihr über ein Gespräch berichtet, das dieser zufällig in einem Hotel in der Provinz angehört hat. Die beiden Herren die es führten, offenbar wohlhabende Landwirte, sind als Geldgeber an einem gewinnbringenden Geschäft beteiligt. Sie lassen in den besetzten Gebieten im Osten die Möbel austauschen, die dort in großen Mengen in den Unterkünften und den sonstigen Unterkunftsräumen der Offiziere und Mannschaften vorhanden seien. Es war von ganzen Eisenbahngütern die Rede, die nach Berlin gebracht und hier verkauft werden sollen, wobei sich mit Leichtigkeit einige Hunderttausend Mark verdienen lassen.

Was es damit auf sich hat, läßt sich von Unbetiligten schwer nachprüfen. Die Angelegenheit gewinnt aber angedeutet des Friedensschlusses im Osten erhöhte Bedeutung. Zweifellos werden an der langen Front und im Stappengebiet große Mengen Möbel frei, von denen es mindestens zweifelhaft ist, wer ein berechtigtes Eigentumsrecht an ihnen hat. Sollte die Ritterstabschörde die Bestände, über die sie das Verfügungssrecht hat, verfügen, dann wäre es ein öffentliches Unglück, wenn die privaten Händlern Gelegenheit geben würde, mit diesen Wucher-Geschäften zu machen. Private Händler müssen bei diesen Geschäften gründlich ausgeschaltet werden. Es gibt sicher eine Menge Kommunen, die mit Ständen bereit wären, die Produkte für ihre minderbemittelten Angehörigen aufzutauen. Wenn möchten die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Dinge lenken. Hoffentlich greifen die zuständigen Behörden ein, ehe es zu spät ist.

Aus dem Gerichtsaal. Dumme gesucht und gefunden hat die vorbehaltene Ehefrau M. Unter der Anklage, sie könne Lebensmittel beschaffen, hat sie drei kleinen Frauen insgesamt 600 Mark abgezweckt. Für das Geld lebt sie häuslich und in Freuden. Als die Frauen schließlich auf Lieferung der Waren drängten, schwiegen sie ihnen vor, der Mann, von dem sie die Sachen kaufen wollte, sei verhaftet worden; für den Rechtsanwalt brauchte sie nun 500 Mark. 500 Mark erhielt sie darauf von zwei Frauen. Die Strafkammer verteilte die Schuld in 2 Jahren Zuchthaus, 450 Mark Geldstrafe evtl. weitere 30 Tage Zuchthaus. Sieben jugendliche Arbeitsburgen suchten verschiedene Geschäfte, u. a. auch den Ratkeller, beim, und stahlen hier Wein, Spirituosen, Zigaretten, Käse, Schinken, Sardinen, Erdbeeren, Kartoffeln usw. im Gesamtwerte von mehreren tausend Mark. Eine Witte B. und eine Kolonialwarenhändlerin haben von dieser Sachen gekauft. Letztere wurde jedoch freigesprochen. Sie erhielt 4 Monate Gefängnis, während die Burschen zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis heraus zu 3½ Jahren verurteilt wurden. Drei andere Arbeitsburgen wurden wegen ähnlicher Delikte, bei denen ihnen allerdings nicht so viel in die Hände fiel, zu 4 Monaten 1 Woche, 1 Jahr 4 Monaten und 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verdonnert. Ob diese jungen Burschen im Gefängnis wohl gevestelt werden? Wir bezweifeln es!

Gutta. Entdeckter Diebesunterstütz. Die seit Kriegsbeginn unbewohnte Villa des Hauptmanns v. Schaumburg-Hauborn 84, hatten sich, wie durch spielende Kinder auffällig entdeckt wurde. Dies als Diebe und Unterstütz aufgeföhrt; und den äußeren Anstand wenigstens zu wahren, hatten sie sich als Nachlager die Fremdenküche eingerichtet. Die übrigen Zimmer waren stark verwüstet. Die Schränke, Buffet usw. hatten die Diebe mit den Degenköpfen des Besitzers aufgerissen. Wie dieser festgestellt, fehlten von den Kleidungsstücken nur die besten Sachen und Stiefel. In der Küche stand man noch Brotsche. Den Eingang in das Haus hatten sich die Täter durch Eindrücken der Rollenferterscheibe von der Hofseite aus verschafft.

Hamburg. Vorarbeit für die Friedenszeit. Unter der Führung der Kommerz- und Industrie-Vank befindet sich ein Kontoratorium hat heute die Gründung der Deutschen Schiffsbau- und Betriebsbank A. G. mit dem Sitz in Hamburg vollzogen. Die Gesellschaft ist mit einem Kapital von 10 Millionen Mark ausgestattet, woraus zunächst 25 Prozent eingesetzt sind, und hat die Berechtigung, bis zum zehnfachen Betrage des eingezahlten Kapitals Schiffsbaubriefe auszugeben. Der Wirkungskreis ist in gleicher Weise See-, Küsten- und Binnenschiffahrt. Der Geschäftsbetrieb wird sofort eröffnet, während die Ausgabe von Schiffsbaubriefen erst für die Zeit nach Friedensschluß vorgesehen ist.

Hamburg. Unter falscher Flagge. Hier ist ein in Marinenumform gekleideter Mann verdetest worden, der sich verschiedene Schwundfälle hat zuschulden kommen lassen. Der Mann, der sich als Marinoberleutnant ausgibt, ist ein Johnnyschläger, der aus einem Seiler Lazarett entwunden und von dort nach Berlin gefahren ist. Dort hat er sich eine Uniform verschafft und bei einer Gesellschaft, die Reisevorträge veranstaltet, eine Stellung angenommen, die ihn durch verschiedene Gegenden des Reiches führte. Auf den Fahrten lernte der Gauner viele Damente kennen, denen er Reisevorträge mache und die waren nur Gegen-

betrug anfangs mit denen er verschwand. Etwa 3000 Mark hat er so zusammengebracht; ein junges Mädchen vertraute ihm für 500 Mark Kriegsanleihen an, deren Verlust sie zu beklagen hat. Die Polizei hat dem gemeingefährlichen Treiben des Mannes jetzt ein Ende gemacht. Drei Briefstichen, sowie ein Schreckbuch wurden bei dem Festgenommenen vorgefunden; an Waffenmittel hatte er nur 3,70 Mark bei sich.

**Stellingen-Langenselde.** Drei Schleichhändler, die bedeutende Mengen Korn, Futter und sonstige Lebensmittel bei sich führten, wurden verhaftet. Die Waren, die von Bramstedter Bauern zu Bucherpreisen nach Hamburg verkauft waren, wurden beschlagnahmt.

**Kiel.** Nationalliberale für das gleiche Wahlrecht. Der Nationalliberale Verein in Kiel beschloß, an die nationalliberale Fraktion des preußischen Landtags eine Aufforderung für das gleiche Wahlrecht zu richten.

**Kiel.** Die biesigen Nationalliberalen haben sich für die preußische Wahlrechtsvorlage und für die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts aufgezogen und eine entsprechende Einigung an die Landtagsfraktion geschlossen.

**Wüster.** Opfer des Eisports. Der im Alter von 18 Jahren stehende Schulnabe Heinrich Hörrt ertrank beim Eislauf auf einer Moorfläche.

**Rostock.** Konervative Munitionsbeschaffung. Der konservative Vorstand des 5. mecklenburgischen Wahlkreises (Rostock) verlangte an „Zuverlässigkeit“ einen hohen Lustus zur Beitragsleistung an die konservative Partei. Den Briefempfänger wird gefragt, daß es gelte, die „Gegner eines starken deutschen Friedens zu bekämpfen“, und es wird ihnen vorgehalten, daß nach dem Friedensschluß „innere Konflikte“ unvermeidlich sind. Die Konservative Partei sei die einzige, welche dem Bestreben auf völlige Demokratisierung Deutschlands entgegtritt.“ Der Arbeitsplan des mecklenburgischen Landesvereins und der Kreisvereine sei aufgestellt. Der 5. mecklenburgische Wahlkreis gebraucht jährlich 15 000 Mark. Sie anzuhören, müßte jeder Besitzer eines landwirtschaftlichen Betriebes 50 Mark für die Hufe und jeder Pächter 1 Prozent der Bodenfläche zahlen. Andere Berufstände müßten 1 Promille des Vermögens oder 5 Promille des Einkommens zeichnen. Dem Briefe lag ein Verpflichtungsschreiben auf Zahlung des Beitrages auf fünf Jahre bei. Es wird den Briefempfängern lästiglich noch zu bedenken gegeben, daß sie mit der Beitragszahlung an die konservative Partei fasse nicht nur die Ziele der konservativen Partei fördern, sondern durch deren Förderung auch den eigenen Sells lichten, die eigene wirtschaftliche Zukunft.“ — Die Arbeiterschaft allerorts kann aus diesem konservativen Sammelbrief erkennen, wie gehoben es für sie ist, ihr Rüttzeug ebenfalls zu stärken für die unausbleiblichen inneren Konflikte.

**Berlin.** Zum Tode des Großherzogs wird mitgeteilt, daß er ansteckend in einem Anfall von Schmerzen seinem Leben ein Ende gemacht hat. Wie weiter geweilt wird, hat man, als er des Abends von seinem Spaziergang nicht zurück war, durch eine Unzahl Leute den Park und die angrenzenden Ländereien absuchen lassen, weil man einen Unfall des Großherzogs befürchtete. Als die Nachforschungen erfolglos blieben, holte man Sonnige vormittags Militär zur Hilfe. Auch Berliner Polizeibeamte beteiligten sich mit Polizeibünden an der Suche. Gegen Mittag fand der Leibjäger Wrede um Sammelfest, eine Stunde vom großherzoglichen Schloss entfernt, die Waffe und einen Hundskopf und neben der Waffe den schwachen Körper des Großherzogs liegen, der der häudige Begleiter des Großherzogs war. Man brachte nun die Schläuche des Sammelfestes und fand unterhalb des Fundortes sichtlich die Leiche des Großherzogs, der von der Stützung bereits mehrere Hundert Meter fortgetragen war. Die Leiche wurde eine Stunde gewaschen in der Schläue auf. In den letzten Tagen zeigte sich bei dem Großherzog schwere Melancholie. Die seiner Umgebung erneute Sorge bereitete, zumal er sich erstaunlich völlig erholt. Auf dem Sterbebett des Verstorbenen wurden mehrere vertrauliche Freunde vertreten.

## Ausgabe von Speisemarfen.

Auf Grund der Bekanntmachung des Polizeiamtes bestehend die Ausgabe von Speisemarfen vom 31. Januar 1917 wird hiermit folgendes angekündigt:

Die Ausgabe der Speisemarfen für die Zeit bis zum 15. März 1918 erfolgt vom Mittwoch, dem 27. Februar 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 5 Uhr nachmittags in der Kammer für die Ausgabe von Lebensmittelmarken, Königsstr. 60.

Für die Zeit bis zum 15. März 1918 werden im Südbahnhof 2 Hete zu 16 Pfennig, deren Gültigkeit jedoch nicht begrenzt ist, ausgeteilt.

Bei Erreichung je eines Sechtes soll abzwecken:

1. einer der für den Namen Wirt für Weißbierabfüllung geltenden Abdrücke 17 und 18 der Speisemarke.

2. einer der zum Namen von Buder im Namen Wirt geltenden Abdrücke 19 bis 23 der Speisemarke und

3. sechs Unterabdrücke des Abdrucks 25 bis 30 der Speisemarke. Selbstabfüller und Besitzer, welche auf die Abdrücke 25 bis 30 keinen Anspruch beanspruchen, erhalten gegen Abdruck von 3 Pfund zur marktüchernen Menge eingetragener Renten für jedes Speisemarfen einen Gutschein des Bezirksrates in der Südbahnhofskasse, Königsstraße 16, I. einen entwertenden Zusatz.

Die Ausgabe von Speisemarfen für ausländische und ausländische Personen welche hier in teueren Häusern leben, erfolgt nur in der Geschäftsstelle der Nahrungsmittel-Beratungsstelle, Südbahnhof 18 II.

2. abend, den 26. Februar 1918.

**Die Nahrungsmittel-Beratungsstelle.**

## Elektrizitätsverbrauch.

Der laut Bekanntmachung vom 26. Januar 1918 schriftliche Befehl, Elektromotoren in der Zeit von 8-8 Uhr abzuschalten von 5-8 Uhr nachmittags in Betrieb zu nehmen, ist bis auf weiteres aufgehoben.

2. abend, den 25. Februar 1918.

**Die Betriebsbehörde.**

## Statt besonderer Meldung.

Am Sonntag dieses entstieß sein nach langem schweren Leiden mein lieber Mann, unser lieber Vater, unser großer Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

**Hermann Voigt**

in 44 Lebensjahren. In tiefer Trauer.

Anna Voigt geb. Wiencke.

Heinrich Voigt.

Anni Voigt.

Heinrich Wiencke u. Frau geb. Wallbaum.

Trauerfeier am 26. Februar in der Kapelle Verwerker Friedhof um 10 Uhr.

**Steckrüben**

Die Steckrüben sind nach dem ersten

und 2. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zweiten

und 3. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem vierten

und 5. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem sechsten

und 7. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem siebten

und 8. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem achten

und 9. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem neunten

und 10. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zehnten

und 11. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem elften

und 12. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwölften

und 13. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem dreizehnten

und 14. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem vierzehnten

und 15. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem fünfzehnten

und 16. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem sechzehnten

und 17. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem siebzehnten

und 18. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem achtzehnten

und 19. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem neunzehnten

und 20. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 21. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 22. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 23. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 24. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 25. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 26. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 27. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 28. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 29. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 30. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 31. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 32. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 33. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 34. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 35. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 36. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 37. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 38. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 39. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 40. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 41. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 42. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 43. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 44. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 45. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 46. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 47. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 48. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 49. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 50. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 51. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 52. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 53. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

und 54. Tag ihres Anbaus zu pflücken.

Die Steckrüben sind nach dem zwanzigsten

## Das Schicksal der russischen Revolution.

Arolsdor an die Internationale.

Die „Humanite“ vom 17. Februar veröffentlicht folgendes Schreiben Arolsdor an Huysmans:

„In dieser schrecklichen und gefährlichen Stunde wenden wir uns an die Sektionen der Internationale. Wie in den schlimmsten Zeiten des Zarismus sind wir der Möglichkeit beraubt, mit den sozialistischen Parteien Westeuropas in Verbindung zu treten. Die Grenze ist geschlossen. Die Arbeiter aller Länder sind über die Vorgänge in Russland entweder garnicht oder nur auf tendenziöse und falsche Weise informiert. Im Interesse der russischen und internationalen Arbeiterbewegung ist es nötig, in die Mauer des Schweigens, die durch die Bolschewiki ausgerichtet wurde, Bresche zu legen. Es muß Licht verbreitet werden über den unerhörten Terror, der in Russland im Namen des Sozialismus wütet und dessen reine Fahne befleckt.“

Ohne Wissen der übrigen sozialistischen Parteien und demokratischen Organisationen hat sich eine militärische Verschwörung am 25. Oktober (7. November) der Staatsgewalt bemächtigt. Die Arbeitermassen haben keinen direkten Anteil an der Revolte genommen, aber sie sympathisieren mit ihr in passender Weise, weil sie den demagogischen Versprechen über Frieden und die soziale Revolution Glauben schenkten. Der provisorische Rat der Republik, der zu drei Vierteln aus Sozialisten und Demokraten bestand, wurde mit Hilfe von Bajonetten verjagt. Die provisorische Regierung, die zur Hälfte aus Sozialisten bestand, wurde in die Peter-Pauls-Festung geworfen. Der Winterpalast, der Sitz der Regierung, wurde der Plünderung preisgegeben, und mehrere seinerVerteidiger wurden getötet. Die gewalttame Machtgreifung der Bolschewiki fand statt am Vorabend der Eröffnung des zweiten Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte. Sämtliche sozialistischen Fraktionen haben eine nach der anderen gegen die Verschwörung Einspruch erhoben und haben dann den Kongress verlassen. Der Versuch Kerschis, militärischen Widerstand zu organisieren, schlug fehl. In Moskau verloren 700 Personen ihr Leben in diesen Kämpfen. Der Kreml wurde von der Artillerie bombardiert.

Die Bolschewiki, die drei Wochen vor den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung sich der Staatsgewalt bemächtigten, schufen einen Rat der Beauftragten des Volkes. Diese sind formell verantwortlich vor einem ausführenden Zentralkomitee, der durch den zweiten Kongress der Sowjets gewählt wurde, nachdem die übrigen Parteien auseinander gegangen waren. In Wirklichkeit ist der Rat der Volksbeauftragten nichts anderes als eine Deckung, hinter der die Diktatur Lenin-Trotski sich versteckt, und die sich auf die Bajonette der Soldaten stützt und von zweifelhaften Geistern, Abenteuerern oder gar Verbrechern umgeben ist.

Diese Diktatur hält sich nur durch rücksichtslosen Terror. Der Rat der Volksbeauftragten war noch nicht imstande, die Reichsverwaltung seinem Willen zu unterwerfen. Die Beamten und die Angestellten des Staates lehnen es ab, unter Leitung von Usurpatoren zu arbeiten. Ganze Distrikte lehnen es ab, die neue Macht anzuerkennen und sie zu verfolgen, Bezirksverwaltungen zu organisieren. Die demokratischen Organe der Städte und der Gouvernements, die durch das allgemeine, gleiche, unmittelbare, geheime und proportionale Wahlrecht gewählt wurden, wollen die neue Regierung nicht anerkennen und wollen mit ihr nichts zu tun haben. Von allen sozialistischen Parteien ist es nur die aus ihrer Partei ausgeschlossene sozialrevolutionäre Linke, die mit den Bolschewiki zusammengeht und sich an der „Regierung“ beteiligt. Alle übrigen demokratischen Organisationen gruppieren sich um den Ausflug zur Rettung des Vaterlandes und der Revolution und um die demokratischen Organisationen der Städte und der Gouvernements.

Verlassen von der Demokratie, verstärkten die Bolschewiki ihr terroristisches System. Sie unterdrückten die bür-

gerliche Presse und sogar die sozialistische Presse, soweit sie ihnen nicht gehört. Lenin veröffentlichte ein Dekret für die Presse, wie es sogar der Zarismus nie gewagt haben würde. Die Diktatur der Bolschewiki bahnt nur der Gegenrevolution den Weg. Der rote Terror ist nur der Vorläufer des weißen Terrors. Die Angriffe auf die bürgerlichen Freiheiten, auf die politischen Rechte und überhaupt auf das allgemeine Wahlrecht erleichtern der Gegenrevolution jede Maßnahme gegen die Demokratie und geben ihr die Möglichkeit, später auch den Arbeitern und Bauern die politischen Rechte zu nehmen. Die „sozialistischen“ Experimente auf dem Gebiete der Industrie werden zu einem Verbot der Gewerkschaftsbewegung und zur Unterdrückung der Arbeiterschulgemeinschaft führen. Schließlich: die Abwesenheit einer wirklichen Staatsgewalt führt unentumbar zu einem Zerfall des Landes in einzelne und einander feindlich gegenüberstehende Provinzen.“

In diesem kritischen Augenblick rechnen wir auf den moralischen Bestand der ganzen Internationale. Das Schicksal der russischen Revolution ist aufs engste mit dem der Internationale verknüpft.“

## Der Demonstrationsstreit vor dem sächsischen Landtag.

Bei der Verhandlung einer Interpellation der drei Unabhängigen in der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages kam es dort zu einer großen politischen Debatte über den letzten Massenstreik. Sowohl die sächsische Regierung wie die sozialdemokratische Fraktion legten ihre Ansichten eingehend dar. Die Interpellation setzte sich gegen die polizeilichen Maßnahmen, die während des Demonstrationsstreits getroffen worden waren, und dagegen, daß die Vertreter der Streikenden von der Regierung abgewiesen worden waren. Nach der Begründung der Interpellation durch den Unabhängigen Lohmeyer, der alle Maßnahmen wegen des Streits kritisch behandelt, nahm der Minister des Innern, Graf Bischheim von Eichstädt, das Wort zur Beantwortung. Er versuchte zunächst nach berühmten Mustern den Streit zum Teil auf das Werk ausländischer Agenten zurückzuführen und stellte den Verlust des Streiks so hin, als wären in Sachsen alle Versuche an dem unerlässlichen Sinn der Arbeiterschaft gescheitert, die erkannt hätten, daß durch einen solchen Streik nicht nur die Befreiung der Arbeiterstandes, sondern auch das innere Wirtschaftsleben erschüttert werde. Weder die Regierung noch die Generalkommandos hätten sich zu schärferen Maßnahmen führen lassen, doch sei die ablehnende Haltung der Regierung selbstverständlich gewesen. Die Arbeiter hätten das Recht des Streiks zur Verbesserung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen; ein Streik zur Erringung politischer Zwecke richte sich gegen den Bestand des Staates. Wäre die Regierung zuzugeben, so wäre es um die Autorität geschehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Konservativen.) Die Vertretung politischer Forderungen gehöre in das Parlament, nicht auf die Straße. In letzterer Zeit sei ein solcher Streik nichts anderes als ein Verrat des Vaterlandes. Der Minister erörterte sodann die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum Streik. Er fand, daß sie nicht ganz klar sei, drückte aber seine Befriedigung darüber aus, daß eine Abstimmung der Sozialdemokratie durch den Artikel des Genossen Braun im Vorwärts erfolgt sei. Durch den Streik hätte eine bessere Lebensmittelversorgung unmöglich erreicht werden, dagegen das bestehende noch gefährdet werden können. Was die Wahlreform angehe, so werde die Regierung mit den sozialdemokratischen Vertretern im Landtag sich auseinandersetzen.“

Natürlich stand der Minister mit dieser Rede den Beifall der bürgerlichen Vertreter. Die nachfolgenden Redner, besonders der konservative Dr. Spiegel und der Nationalliberalen Richter sprachen ganz im Sinne des Ministers. Der Nationalliberalen forderte aber noch, daß man mit gleicher Schärfe gegen die Führer von beiden Seiten vorgehe und auch unverantwortliche Reden verhindern sollte, wie kürzlich eine von Herrn Oldenburg-Januschau gehalten worden sei. Er fragt, ob das Manuskript dieser „Schmährede“ den Zensur vorgelegen habe.

Auf diese Ausführungen antwortete eingehend Genosse Sinnermann. Aus Parteitagsprotokollen wies er nach, daß die deutsche Sozialdemokratie den politischen Massenstreik immer abgelehnt habe, besonders im Kriegsfall, erläuterte die bekannten Gründe, die den Parteivorstand veranlaßt hätten, die Führung des Streiks mit zu übernehmen und legte unter Verweisung auf die Verhältnisse der Regierungen bei der Nahrungsmittelvertei-

lung, auf den Belagerungszustand, auf das ungehinderte Treiben der Vaterlandspartei, auf den Eifer beim Verbieten von Versammlungen und bei der Auseinandersetzung der Presse sowie auf die Wahlrechtsreaktion die wirklichen Ursachen bloß, die den Streik veranlaßt haben. Endringlich wies er nach, wie notwendig es sei, daß mit diesen Zuständen die Ershütterung beseitigt werde, die schon einmal zu einem Streik geführt habe. Mit einer stundenlangen Rede des Unabhängigen Seeger erweckte die fünfseitige Debatte.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die nationalliberale Schmach.

Das Bündnis, das die preußischen Nationalliberalen mit der Reaktion eingegangen sind, um dem Volke das Wahlrecht vorzuenthalten, hat selbst weiteste nationalliberale Kreise verschuppt. So schreibt die „Kölner Zeitung“, das führende nationalliberale Blatt am Rhein:

„Mit lebhaftem Bedauern stellen wir fest, daß, wie es scheint, ein großer Teil der Verantwortung für die gefürchtete Entschließung auf die nationalliberale Fraktion fällt. Diese der Reform widerstrebenden Nationalliberalen nehmen damit eine große Verantwortung auf sich, denn ihre Haltung wird vielleicht das Schicksal der Partei bestimmen und dem Vaterland, das über allen Parteien steht, nicht zum Heile gereichen.“

Sehr scharfe Töne schlägt auch das „Leipziger Tageblatt“, das Parteiblatt der Nationalliberalen Sachsen, an. Es stellt fest, daß man einen derartigen Sieg, wie ihn die preußischen Nationalliberalen am Mittwoch errungen, im Lande nicht bewundern, sondern belügen wird. Den auch von uns heruntergehobenen Gegensatz zwischen der Reichstagsrede Stresemanns und dem Verhalten seiner Parteifreunde in der Wahlrechtskommission kennzeichnet das Leipziger Blatt mit folgenden Worten:

„Im Reichstag hat gestern Herr Dr. Stresemann weitgehende östliche Kriegsziele aufgestellt. Er weiß, daß es unmöglich ist, eine starke auswärtige Politik zu treiben, die nicht die große Mehrzahl des Volkes hinter sich hat; er hat das wiederholt ausgeprochen. Seine Kollegen von der preußischen Fakultät aber scheinen das nicht alles zu wissen, oder es scheint sie nicht alle zu kümmern. Sie schenken sich nicht, im selben Augenblide, da der Redner der Reichstagsfraktion solche Ziele aufstellt, die Majestät des eigenen Volkes vor den Kopf zu stoßen. Kurzum, die ganze Geschichte liegt so unverhältnißmäßig wie nur irgend möglich.“

Die nationalliberale Partei steht seit langem vor der Wahl, ob sie eine schwerindustrielle oder eine nationalliberale Partei sein will. Zunächst hat sie sich für das erstere entschieden.

Die Wahlrechtsfeinde schöpfen aus ihrem ersten Erfolg neuen Mut. Die „Deutsche Tageszeitung“ entdeckt jetzt, daß der konservative Antrag mit dem berücksichtigten Wahlrecht nur „vorläufig“ zurückgezogen ist und gegebenenfalls wieder aufgenommen wird.

### Verweigerung der Gefangenenzöhnung.

Die Abgeordneten Fuchs und Dödssch haben im Reichstag folgende Anfrage eingebracht:

„Gemäß § 23 Ziffer 2 der Kriegsbesoldungsvorschrift darf für Kriegsgefangene oder Vermisste die Bewilligung der ganzen Löhnung oder eines Teiles während der Gefangenshaft oder des Vermissteins verfügt werden, insbesondere wenn daraus die Unterhaltung von Angehörigen bestritten werden soll.“

Vom 1. Bataillon Reserve-Infanterieregiments 99 wird diese Zahlung laut Formular „aus dienstlichen Gründen“ eingestellt.

Das 2. Bataillon Reserve-Infanterieregiments 18 hat Formulare herstellen lassen, wonach die Löhnungszahlung bis auf weiteres erlischt, wenn der Verdacht vorliegt, der betreffende Soldat habe sich freiwillig aus russischer Gefangenenschaft nach Frankreich überführen lassen!

## Handel und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

33. Fortsetzung.

„Wie kommt es, Herr Burbus?“ sagte die Müllerin, „daß man Euch gar nicht mehr sieht? Ihr seid den ganzen Tag im Walde rum und kommt erst abends heim.“

„Haben Sie das bemerkt, Frau Müllerin?“ entgegnete der Doktor ernst. „Ich muß gestehen, daß mir das wohlst, denn ich bin ja eigentlich so heimatlos und allein in der Welt, daß an meinem Dasein oder Nichtdasein kein Mensch Anteil nimmt.“

„Das sonst Ihr,“ versetzte die Müllerin, „doch im Ernst von uns nicht sagen!“

„Nein, nein,“ entgegnete hastig der Doktor mit bitterem Lächeln, „man ist hier sehr freundlich und gütig gegen mich; ich muß gewiß dafür dankbar sein.“

Sibylle zog mich in ein anderes Fenster und der Doktor trat näher zur Müllerin, die ihm mit ihrer wohltuenden angenehmen Stimme sagte: „Hört, Doktor Burbus, Ihr habt eigentlich ein frisches Gemüt. Anfanglich glaubte ich, die Entfernung von der Welt und die Stille auf unserer Mühle in dem schönen Wald werden Euch wohlst. Ihr schien auch in der ersten Zeit heiter und vergnügt zu sein. Doch jetzt weiß ich nicht, was Euch plötzlich widergesetzt, denn seit einiger Zeit habt Ihr das Ansehen eines Menschen, der von der Vergangenheit geplagt wird.“

„Nein, nein, das gemäß nicht,“ entgegnete der Doktor und schaute sich zum Fenster hinaus.

„Ach, ich glaube wohl,“ sagte die Müllerin, „daß Ihr eigentlich nichts auf dem Herzen habt, was Euch Vorwürfe macht und Ihr seid noch zu jung, um ein bloß lustiges und etwas leichtsinniges Leben in allen Teilen wieder gutzumachen.“

„Das wohl, gute Freu,“ entgegnete der Doktor, „nur muß man Gelegenheit dazu haben. Ich bin schon wochen-, ja mondenlang hier, ich laufe ins Holz, ich seh' nach den Knechten, ich fahre mit den Pferden; aber alles das, was ich tue, kann der geringste Knecht auch für Euch tun.“

„So, aber wer sagt denn, daß Ihr etwas für uns tun sollt? Ihr seid unser Gast.“

„Ja, und dann?“

„Ach so bleibt, solange als es Euch hier gefällt.“

„Ja, und dann,“ entgegnete der Doktor nach einer Pause, „dann schüttle ich Euch allen an einem schönen Morgen die Hand und sage zu Euch: Lebt wohl, Vetter Christoph, lebt wohl, Frau Müllerin, lebt wohl, Sibylle.“

Wir hatten bis zu diesem Augenblick unwillkürlich das Gespräch des Doktors belauscht. Sibylle sprach kein Wort, sondern schaute zum Fenster hinaus und hielt den Strauss von Waldblumen

in ihren Händen über dem langsam dahinschlängenden Mühlbach. Bei den Worten des Doktors aber: „Lebt wohl, Sibylle,“ leuchtete sie leise auf, ihrer Hand entglitten die Waldblumen und fielen in das Wasser hinab, das sie langsam fortspülte. Ein lautes „Ach!“ folgte nun den Blumen, durch das der Doktor und die Müllerin in ihrem Gespräch plötzlich unterbrochen wurden und ebenfalls hinlängten.

„Da schwimmen sie!“ rief der Doktor mit einem lauten Lachen, das aber keineswegs freundlich klang; „bald werden sie unter das Wehr kommen und zerissen und zerstreut werden.“

„Könnte man sie nur wiederholen!“ sagte Sibylle mit einem eigenen Ton in der Stimme.

„Wünscht Ihr das, Jungfer Sibylle?“ rief der Doktor freudig auf. „Eine starke Hand und ein guter Wille kann viel. So wollen wir denn ernstlich den Versuch machen, die Blumen zu schützen und sie in Eure Hand zu legen.“

Ehe ich ihn zurückhalten konnte, schwang er sich zum Fenster hinaus, glitt an einem Rebholzende hinab und eilte jetzt Sibylles und schwindelfrei auf dem schmalen Mühlbachdamm dahin. Er erreichte die Blumen wirklich, ehe sie unter das Wehr kamen, zog sie triumphierend heraus und kam eilends zurück, um sie Sibylle zu reichen, die ihre Hände danach ausstreckte.

Das schöne Mädchen war bleich geworden wie eine Lilie, und nachdem sie die Blumen erfaßt, eilte sie zu ihrer Mutter hin und verbarg ihr Gesicht in deren Hände. Ich glaube gewiß, sie hat sogar geweint.

Der Doktor kam den Abend nicht mehr zum Vorschein und die Müllerin hatte den anderen Morgen mit dem Vetter Christoph eine lange Unterredung, welche daraus äußerst übeln Humors zu Tische kam. Gegen mich war der Doktor übrigens nicht besonders geworden, und je mehr er sich von mir zurückzog, um so mehr war ich bei Sibylle, da ich doch in meinen Freunden jemand zur Freundschaft haben mußte, und so oft mich der Doktor mit dem Mädchens Hand in Hand im Garten sah, oder wir in den engen Fenstern der Mühle lagen, wo es bei dem schmalen Raum nicht anders möglich war, als daß ich meinen Arm um ihren Leib schlang, so machte er mir ein süßeres Gesicht. Ich hatte wahrscheinlich damals keine Tochter, was ich ihm könnte zuleide geben haben; jetzt wußte ich es freilich schon besser.

So war es einmal an einem heißen Sommertag; da hatte ein Sommerdieb die Luft etwas abgedrückt; gegen Abend wurden die grauen Wolken heller, sie rissen hier und da auseinander, und mochte rissen, schwante der blonde Himmel hindurch, die Wolken felsig würden sich an den Rändern immer durchdringen, zwischengelagert, dann violet, später gelb und dann droht der freundliche Strahl der Sonne hinter ihnen hervor und wärmt die beschattete Seite und macht alles Leben der Natur wieder pulsieren und vor dem Nachthof nach einigem freudiger zu bewegen. Da

Bäume und Blumen durscheten, die Räder summten und die Nachtmücken, die in ihren Büschen schlügen, sangen wie auf Brillentonens Thron, denn an jedem Blattchen hingen Tautropfen. Auch war es wieder warm geworden, jene angenehme erfrischende Wärme, die ein jugendliches Herz ausdehnt und schwärmen läßt in die Zukunft und wo aus dem zitternden Strahl der Abendonne, dem man mit halbgeschlossenen Augen zusieht, tausend schimmernde Bildern erfreuen, Träume von zukünftigem Glück und zukünftiger Herrlichkeit. Ach, und ich war in meiner Jugend sehr empfänglich für solche Träume!

Die Sonne ging unter und der glänzende Abendhimmel war erfüllt mit warmer lauer Luft. Sibylle und ich lagen im Fenster der großen Wohnküche und sahen auf das Mühlentheich hinab. Es war um die Abendzeit, wo dem Doktor in die Familiengäste kein Zutritt mehr gewährt wurde und nur ich als Familiengäste und kleiner Bruder das Recht hatte, bei meiner Mutter zu sitzen, die in jolchem Augenblide in ländlichem Negligé sich befand. Ich hatte ein dünnes Sommerlätzchen an und während die Mutter in ihren Büchern las, läuften wir von alten vergangenen Tagen und lächelten über die Jugendfreude, die wir ausgetragen. Ich saß damals in dem großen Saal neben dem Zimmer der Müllerin und Sonntagmorgens, ehe wir gewaschen und ausgezogen wurden, läßt Sibylle zu mir ins Bett und wir machten Pläne, wie der Sonntag hinzubringen sei. Auch erinnerten wir uns, wie zu zweien ein großes Leintuch entwunden und demit im Garten ein Zelt aufzuschlagen, wobei der große Kettenschlüssel, wenn er zum Besuch kam, mit großen Ehren empfangen wurde.

So lagen wir im Fenster und läuften, und als es zehn Uhr wurde, ging die Müllerin zu Bett, und wir erhielten die Erlaubnis, noch ein paar Minuten aufzubleiben zu dürfen. Nachschmetterlinge flögten unher, Leuchtflöher blieben auf dem Grase und als ich so dicht an dem warmen Körper des Mädchens lag, durchdrückte mich ein kleiner Frost. Es mochten wohl die Wärmefledeln sein, die aus dem Mühlentheich und den Bergwäldern aufzogen. Sibylle bemerkte es, hob ihr warmes Tuch etwas von der Brust und warf es über mich hin. Gott, es war wie damals, als wir am Sonntagmorgen unter einer Decke spielten. Das Mädchen fühlte ich deutlich an meiner Brust klagen, aber der Frost wollte darum doch nicht aufhören.

Blödig hören wir durch die Stille der Nacht ein Klopfen, wie Holz auf Holz und erblicken bald darauf den Doktor, der sich an dem Mühlentheich und den Bergwäldern aufzogen. Er sah von Zeit zu Zeit zu uns herauf, und ich bot ihm einen guten Abend. Anfangs glaubte ich, er habe mich nicht gehört; doch war dem nicht so, denn als Sibylle viel leiser sagte: „Guten Abend, Herr Burbus! sprang er auf den Rand des Mühlbaches und trat unter das Fenster.“

